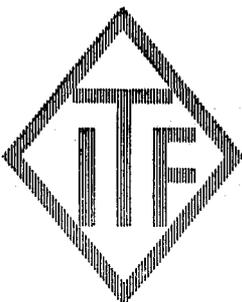




# FASCHISMUS

No. 8

Amsterdam, den 20. Oktober 1934.



Nicht zu widerlegen! (ITF) Der Wirtschaftsredakteur des  
nationalsozialistischen Zentralorgans, des "Völkischen Beobachters", sieht sich (am 5. Oktober) zu der Erklärung genötigt: "Durch wirtschaftstheoretische Deduktionen (Erörterungen) lässt sich Marx einfach nicht widerlegen... Der Nationalsozialismus lässt sich mit dem Marxismus nicht in wirtschaftstheoretische

Diskussionen ein, sondern stellt ihm sein neues Lebensgefühl entgegen."

Das nationalsozialistische "Lebensgefühl" wurde dem Sozialismus in Konzentrationslagern und Folterkammern der SA entgegengestellt. Nach 20 Monaten Erfahrung aber muss das Organ Hitlers feststellen: der Sozialismus lässt sich einfach nicht widerlegen.

3 Millionen mehr. (ITF) Die nationalsozialistische Diktatur hat  
die Margarinepreise in die Höhe getrieben, die Massen sollten - Butter kaufen. Butter war für die Millionen der deutschen Arbeitslosen längst zu einem unerschwinglichen Luxus geworden, jetzt konnten sie auch die Margarine nicht mehr bezahlen.

Im Herbst 1933, nach 9 Monaten nationalsozialistischer Diktatur, waren 20 Millionen Deutsche nicht mehr in der Lage, sich zum trockenen Brot Margarine zu kaufen. Die Diktatur musste 20 Millionen Fettkarten ausgeben, die zum Bezug einer kleinen Menge verbilligter Margarine berechtigten.

Jetzt teilt Ministerialrat Dr. Wegner mit, dass in diesem Winter 23 Millionen Margarine-Verbilligungskarten ausgegeben werden müssen. Nach weiteren 12 Monaten nationalsozialistischer Herrlichkeit, sind weitere 3 Millionen so verelendet, dass sie sich ohne "Verbilligungskarte" keine Margarine mehr kaufen können.

Bank- und Börsenfürsten sind zufrieden. (ITF) Das "Wirtschaftliche Sofortprogramm" der NSDAP fordert: "Wir fordern, dass das Bankwesen verstaatlicht wird" (p. 22).

Einer der ersten Anträge der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion 1930 verlangte "die Verstaatlichung aller Grossbanken" und "entschädigungslose Enteignung der Vermögen der Bank- und Börsenfürsten" (Reichstagsdrucksache 1930 Nr. 66).

Jetzt (am 19. September 1934) hat der Leiter der "Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP" in einer Rede auf dem Lehrgang zur Führerschulung für das Bank- und Kreditwesen erklärt: "Die Gedan-

2.)

kongänge, etwa das Bankwesen verstaatlichen zu wollen, sind aus recht kindlichen Vorstellungen entstanden" (zitiert nach "Frankfurter Volksblatt", Organ der NSDAP, Nr. 259). Die Bankiers sind zufrieden.

Photographieren verboten. (ITF) Bei der Eröffnung des deutschen Winterhilfswerks (am 9. Oktober) erklärte der Propagandaminister Dr. Goebbels: "Die Regierung wird angesichts der Not des Volkes wie im Vorjahr mit einem Mindestmass an Repräsentation auskommen". Reichskanzler Hitler hat am 1. Juli 1934 mitgeteilt, dass dies Mindestmass an Repräsentation allein beim Stab der Berliner SA monatlich 30.000 RM ausschliesslich für Saufgelage erforderte. Ueber die Kosten der Luxusautos wurden keine Angaben gemacht.

Die Regierung wird aber, versicherte Dr. Goebbels, wenigstens künftig "den Armen nicht das aufreizende Schauspiel bieten, ihre Minister bei Gastereien zu sehen, während das Volk hungert". Für undurchsichtige Vorhänge wird also gesorgt und Photographen werden nicht zugelassen.

Luft und Liebe. (ITF) In der "Nationalsozialistischen Frauenwarte" (Nr. 4) schildert die Frau eines Arbeitslosen, wie sie mit ihrem Mann und einem zweijährigen Kind von 12,80 RM (etwa 7,50 hfl., 15,- schw.Fr., 120,- Kö) wöchentlicher Unterstützung lebt. "Da wir für Miete wöchentlich nur 5 RM zu bezahlen brauchen, kann mir mein Mann 7 RM Haushaltsgeld geben. Mit den restlichen -,80 RM muss er Licht, Stiefelsohlen und Kohlen bezahlen. Aber das ist ja seine Sache". 1 Zentner Steinkohlen kostet 2 bis 2,50 RM!

"Was soll man nun jeden Tag kochen?... Einige Beispiele. Montag: Kartoffelbrei mit gebratenen Zwiebeln; das schmeckt gut, wenn man ein klein wenig Milch und Fett daran tut und viel Liebe und Sorgfalt dazu verwendet. Die beiden zuletzt genannten Gewürze kosten nichts und passen zu allen Gerichten. Und dann kann sich jeder noch ein recht schönes Stück Braten dazu denken.

Dienstag: Milchsuppe, hinterher Bratkartoffeln.

Mittwoch: Bohnensuppe mit Speckgrieben und einer schönen dazugedachten Kochwurst.

Damit ist schon die halbe Woche herum. Für die anderen Tage findet die praktische Hausfrau dann auch schon ein Mittagessen. Ein strahlendes Kindergesicht und ein paar Blumen oder ein Tannenzweiglein schmücken den Tisch."

Die nationalsozialistische Redaktion bezeichnete die Verfasserin dieses Artikels als "Rechenkünstlerin". Frauen von Erwerbslosen jedoch, die dieses Rechenkunststück lasen, waren über den Hohn empört, mit dem die satten nationalsozialistischen Redakteure den Arbeitslosen empfahlen, sich ein Stück Fleisch zum Mittagessen - hinzudenken. Sie wissen aus Erfahrung, dass man mit "wenig Milch und Fett" kein Kindergesicht erstrahlen lassen kann, und schrieben ihre Meinung unverblümt der Redaktion.

Die Redaktion musste sich entschuldigen und zugeben, dass das Rechenkunststück "zu optimistisch und mit Recht teilweise anfechtbar" sei. Aber, erklärte sie, "der Geist" der Darstellung "soll Mahnung und Vorbild sein für uns alle": die Reichen tun sich gütlich und die Erwerbslosen hungern bei einem "dazu gedachten Stück Fleisch". Das ist "rechter nationalsozialistischer Kämpfergeist".

Plantagenkulis. (ITF) Die nationalsozialistische Diktatur hat den geringen Exportüberschuss der deutschen Wirtschaft durch Einfuhr von Kriegsrohstoffen in einen Einfuhrüberschuss verwandelt. Für den Import von Lebensmitteln und von Rohstoffen für die Bekleidungsindustrie fehlt es infolgedessen an Devisen. Die Diktatur versucht deshalb, "Ersatz"-Rohstoffe im Inland herzustellen, doch dieser "Ersatz" ist teurer als das vollwertige Produkt, das bisher eingeführt wurde. Durch Lohndruck und Subvention an die Unternehmer soll die Selbstversorgung mit eigenen Rohstoffen verbilligt werden. "Die Löhne, die bei der Entwicklung der eigenen Rohstoffe gezahlt werden, dürfen nicht zu hoch sein, wenn das Erzeugnis nicht überteuert werden soll". ("Völkischer Beobachter" vom 21. September)

Die niedrigsten Löhne erhalten die Jugendlichen im Arbeitsdienst. Durch sie wird denn auch bisher aus Südamerika eingeführte Rohstoff-Faser (mulva meluca) angepflanzt. Die zum Arbeitsdienst eingezoge-

3.)

nen Jungerwerbslosen erhalten für diese Arbeit nur noch 25 Pfg. pro Tag. Sie arbeiten also noch wesentlich billiger als Landarbeiter selbst im Dritten Reich des Lohndrucks. Die Pflanzungen des Arbeitsdienstes sollen die gesamte Einfuhr ersetzen und darüber hinaus dank der Sklavenarbeit "in wenigen Jahren ein Ausfuhrerzeugnis" zu Dumpingpreisen liefern.

Ausbeutung der Erwerbslosen. (ITF) Der Präsident der deutschen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, dem unbeschränkte Vollmachten übertragen worden waren, hat jetzt angeordnet, dass auch im kommenden Winter möglichst viele Erwerbslose aus den Grosstädten fern von ihrem Heimatort als Notstandsarbeiter beschäftigt werden sollen. Die Entlohnung dieser Notstandsarbeiter ist miserabel: "Bei der Unterbringung von kinderreichen erwerbslosen Familienvätern in Notstandarbeiten wirkt sich der Notstandarbeiter-Lohn gegenüber der früher bezogenen Wohlfahrtsunterstützung zum grossen Nachteile aus. Während verheiratete Notstandsarbeiter mit 2-3 Kindern soeben (!) mit ihrem Lohn die frühere Höhe der Wohlfahrtsunterstützung erreichen, erhalten die mit 4 und mehr Kindern einen bedeutend geringeren Lohn als den früheren Richtsatz der öffentlichen Fürsorge" (Bericht des Gauess Hannover-Südbraunschweig der NSDAP an das Amt für Kommunalpolitik der Partei in München, veröffentlicht im ersten Oktoberheft der "Nationalsozialistischen Gemeinde"). Von diesen Löhnen, die noch "bedeutend" unter den völlig unzureichenden Wohlfahrtsunterstützungen liegen, die die Gemeinden den langjährig Erwerbslosen zahlen, wird den Notstandsarbeitern noch das Fahrgeld für die Fahrt zur meist weitabgelegenen Arbeitsstelle abgezogen. Das Gauamt Köln-Aachen der nationalsozialistischen Partei meldete der Parteizentrale: "Die Arbeitsentlohnung bei der Kallbach-Talsperre und der Rurtalsperre Schwammenauel verursacht beachtliche Schwierigkeiten. In beiden Fällen geht den Arbeitern durch An- und Abfuhr zur Arbeitsstelle ein erheblicher Teil ihres Lohnes verloren, sodass viele über die tatsächliche Geringfügigkeit des ausgezahlten Barlohnes murren. Schärfstes Durchgreifen bei Arbeitsverweigerungen hat natürlich derartige Schritte unterbunden, konnte aber auf der anderen Seite die Stimmung der Arbeiter nicht beleben. Noch schwieriger wird das Problem dann werden, wenn... die Unterbringung... in gemeinschaftlichen Barackenlagern notwendig wird; dann werden die Lohnabzüge durch Unterbringung und Verpflegungskosten sowie Autotransport zur Sonntagsheimfahrt so hoch sein, dass nur ganz geringe Barbeträge übrigbleiben. Landrat Classen glaubt, diese Schwierigkeit nur durch Einführung eines 10stündigen Arbeitstages wettmachen zu können". Nach 60 Stunden schwerer Arbeit wird den Arbeitern dann "ein bedeutend geringerer Lohn" ausgezahlt, als sie früher als Erwerbslose Unterstützung erhielten!

Die deutschen Erwerbslosen setzen sich nach Möglichkeit gegen diese Sklavenarbeit in den Kolonnenlagern zur Wehr. Auch das Streikverbot schreckt die Verzweifelten nicht mehr! Zwar kann "schärfstes Durchgreifen bei Arbeitsverweigerung", bei Streiks, im Einzelfall den Widerstand brechen, in den grossen Städten aber müssen die Nationalsozialisten den empörten Erwerbslosen nachgeben. Der Direktor des Arbeitsamts der westdeutschen Grosstadt Dortmund hat unter dem Druck der Erwerbslosen versprochen, von einer Verschickung erwerbsloser Familienväter in Kolonnenlager abzusehen.

Konzentrationslager für Erwerbslose. (ITF) Die Stadtverwaltung Stuttgart richtete ein "Lager für geschlossene Fürsorge" ein für "solche Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung, von denen angenommen wird, dass sie nach Arbeitswillen, Betragen oder nach ihrer ganzen Einstellung (!) den Weg zur Volksgemeinschaft nicht gefunden hätten" (Frankfurter Zeitung Nr. 487/88).

Opfer der Arbeitsschlacht. (ITF) Die Nationalsozialisten bekämpfen nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen. Sie verschicken Arbeitslose, die ein Anrecht auf Unterstützung haben, zu "unmöglichen Lohnsätzen" (Hitler selbst bezeichnete es am 21. März 1934 so) zur Zwangsarbeit und hoffen, dass wenigstens ein Teil der Erwerbslosen lieber auf die Unterstützung verzichtet und sich bei Freunden und Verwandten durchhungert, als dass er sich in das Zwangsarbeitslager sperren lässt. Nur die

4.)

Allerärmsten, die keinerlei Rückhalt bei Freunden oder Verwandten finden konnten, fügten sich den Zwangsmassnahmen der Nationalsozialisten. Die Sommermonate sind für diese Drangsalierung der Erwerbslosen besonders geeignet. Schon 1933 sind auf diese Weise in den drei Monaten Juni, Juli und August 245.000 Arbeiter aus der Erwerbslosenstatistik der deutschen Arbeitsämter verschwunden, ohne in der Statistik für Beschäftigte aufzutauchen. Sie wurden vom Arbeitsamt verjagt, ohne Arbeit zu erhalten.

Aber die Nationalsozialisten gaben sich nicht mit dem Erreichten zufrieden, sie verschärften den Druck. Im Februar 1934 wurde den "Notstandsgemeinden" das Recht gegeben, neuhinzuziehenden Erwerbslosen nur einen Bruchteil der ortsüblichen Erwerbslosenunterstützung zu zahlen. Im Mai wurde eine Einstellungssperre für alle landwirtschaftlichen Arbeiter verhängt: wer in den letzten 2 Jahren auch nur 52 Wochen in einem landwirtschaftlichen Betrieb gearbeitet hatte, dem wurden von jetzt ab die meisten nichtlandwirtschaftlichen Berufe verschlossen. Für Berlin und die Hafenstädte Hamburg und Bremen wurde eine Arbeitssperre für alle ortsfremden Arbeiter und Angestellten verhängt. Und schliesslich wurden 10 Millionen Jugendliche mit Entlassung bedroht, jeder Dritte von ihnen soll seinen Arbeitsplatz verlieren. Das Ergebnis dieses verschärften Drucks auf die Erwerbslosen liegt jetzt vor: nach Veröffentlichung der amtlichen Zahlen für Ende August, sind in den 4 Monaten Mai, Juni, Juli und August 131.000 Erwerbslose aus der Statistik der Arbeitsämter verschwunden. Erwerbslose, die Arbeit erhalten, verschwinden aus der Statistik der Arbeitsämter, tauchen aber in der von den Krankenkassen geführten Beschäftigungsstatistiken wieder auf. Diese 131.000 aber verschwanden nicht nur vom Arbeitsamt, gleichzeitig ist die Zahl der Beschäftigten um 2000 zurückgegangen. Insgesamt haben also weitere 133.000 Erwerbslose die Hoffnung aufgegeben, im Dritten Reich jemals Arbeit zu erhalten.

Gepplatzte Seifenblase. (ITF) Um Frauen aus den Betrieben zu entfernen und um Arbeitslosenunterstützung zu sparen, hatte die nationalsozialistische Diktatur im Juni 1933 die Einrichtung der Ehstandsdarlehen geschaffen. Frauen, die auf ihren Arbeitsplatz oder ihre Erwerbslosenunterstützung verzichten, können unter bestimmten Voraussetzungen ein Ehstandsdarlehen bis zur Höhe von 500 RM erhalten, falls sie sich verpflichten, kein RM bezahlte Arbeit anzunehmen, so lange das Ehstandsdarlehen nicht zurückgezahlt ist und ihr Mann nicht "hilfsbedürftig" ist. Durch die von den Nationalsozialisten gesenkten Unterstützungen und durch die niedrigen Löhne sind die meisten dieser jungverheirateten Frauen jedoch zur Erwerbsarbeit gezwungen.

Nach den Erfahrungen eines Jahres urteilt über das Ehstandsdarlehen

der Agitator: "Durch das Gesetz zur Förderung der Eheschliessungen (Ehstandsdarlehen) wurde eine unmittelbare Verminderung der Arbeitslosigkeit um 200.000 erzielt" (Staatssekretär Reinhardt am 10. Juni 1934 in München.)

der Praktiker: "Ueber die Auswirkung der Ehstandsdarlehen liegt doch manche Täuschung vor... Eine Freimachung von Arbeitsstellen (durch Ehstandsdarlehen) aber ist nicht unbedingt nachweisbar (Else Sander in "Nationalsozialistische Sozialpolitik", herausgegeben vom Leiter des Sozialamtes der Arbeitsfront, Juli 1934)"

Die Freiwilligen. (ITF) Der Gau VIII Ostmark des deutschen freiwilligen Arbeitsdienstes veröffentlicht eine Erhebung über die Zusammensetzung der Lagerbesatzung: 90% der zum Arbeitsdienst Eingezogenen waren bisher erwerbslos, sie riskierten Entzug der Unterstützung oder Streichung aus den Listen der Arbeitsvermittlung, wenn sie der Einberufung zum "freiwilligen" Arbeitsdienst nicht Folge leisteten. 1% der Belegschaft waren Abiturienten, die ohne Arbeitsdienstpass nicht mehr studieren können. Höchstens 9% sind freiwillig ins Arbeitslager gegangen.

Der Gau Ostmark bezeichnet diese Statistik als typisch für das ganze Reich. Von 230.000 Arbeitsdienstlern wären also höchstens 20.000 freiwillig "Soldaten des Spätens" geworden.

5.)

Die Unternehmer in die Arbeitsfront. (ITF) Der Nationalsozialismus behauptet, das kapitalistische Wirtschaftssystem überwunden zu haben. Die Klassengegensätze seien beseitigt und Arbeiter und Unternehmer friedlich und gleichberechtigt in der Volksgemeinschaft vereint. Doch schon im zweiten Jahr der Hitlอร์ดiktatur lässt sich nicht einmal mehr die fromme Legende aufrechterhalten. Das Programm der Deutschen Arbeitsfront muss (in Punkt 6) das Fortbestehen des Klassengegensatzes zwischen Arbeitenden und Unternehmern zugeben. Die Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront ist nach diesem Programmpunkt "die Wirtschaftsbefriedung durch Zusammenarbeit der Reichsbetriebsgemeinschaften mit den Hauptwirtschaftsgruppen und den Treuhändern der Arbeit."

Die Hauptwirtschaftsgruppen sind die Unternehmerverbände unter neuem Namen. Die von den 11 endgültig ernannten Treuhändern der Arbeit kommen 5 aus der Industrie, zwei waren Beamte, einer Admiral und einer Bankier. Nur zwei kommen aus der Fabrik: in Sachsen hat sich der Industrielle Mutschmann den harmlosen Stichler ausgesucht, im Rheinland fungiert als Treuhänder der ehemalige Metallarbeiter Boerger, der sich zum Universitätsprofessor befördern liess und zur Belebung der wirtschaftlichen Lage in seinem Treuhänderbezirk vorschlug, dass jeder Deutsche pro Jahr ein Glas Wein mehr trinken solle. Diese Treuhänder werden den Unternehmern nicht gefährlich. Vorsorglich aber sehen die Unternehmer in der Arbeitsfront ebenfalls nach dem Rechten.

Die Reichsbetriebsgemeinschaften der Arbeitsfront sind Reichszusammenfassungen der lokalen, unter Leitung des Unternehmers stehenden Betriebsgemeinschaften, der gelben Werkvereine. Die Unternehmer leiten die einzelne "Betriebsgemeinschaft". Der Berichterstatter der Arbeitsfront im Betrieb, der Betriebswalter ist entweder der Unternehmer selbst oder einer der von ihm ausgesuchten Vertrauensräte. In allen Gliederungen der Arbeitsfront besetzen die Unternehmer die Hälfte aller Positionen. Darüber hinaus ist noch jeder wichtigeren Gliederung der Arbeitsfront ein besonderer "Vertrauensmann der Unternehmer" zugeteilt. Die Rechtsstellen der Deutschen Arbeitsfront sind durchweg mit einem Leiter besetzt, der früher als Syndikus in einem Unternehmerverband arbeitete. Für die Unternehmer sind besondere Rechtsberatungsstellen eingerichtet. In jeder der 18 Reichsbetriebsgemeinschaften stellen die Unternehmer den Leiter oder dessen Stellvertreter. Aus der Kasse der Arbeitsfront werden den Unternehmern laufend Subventionen gezahlt, der Ruhrbergbau allein erhielt 5 1/2 Millionen Lohnsubventionen. Der Vergnügungsverein "Kraft durch Freude" steht unter Oberleitung des zum Staatssekretär avancierten Redakteurs der "Berliner Börsenzeitung"; das wichtigste Amt, das Amt für Urlaub und Reisen, ist mit einem bisherigen Angestellten des Reichsverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände besetzt.

Da die Arbeitsfront ohnehin tat, was die Unternehmer wünschten, hielten es viele Unternehmer für überflüssig, noch Mitglied der Deutschen Arbeitsfront zu werden. Der kommissarische Leiter der Unternehmerverbände hat die Aufforderung ergoßen lassen: "Jeder Betriebsführer Sorge durch Mitarbeit in der Arbeitsfront, dass die hohen erzieherischen Gedanken ihrer Schöpfung ihre Verwirklichung finden". Die Unternehmer sollen dafür sorgen, dass "die Deutsche Arbeitsfront nicht die Stätte wird, wo die materiellen Fragen des täglichen Lebens entschieden werden." So entsteht im Dritten Reich die Wirtschaftsbefriedung dadurch, dass die Unternehmerverbände mit der von ihnen kontrollierten Arbeitsfront unter Obhut der ihren Reihen entnommenen Treuhänder mit Hilfe der Staatsgewalt den Arbeitern ihren Willen aufzwingen.

Sklavenhalter. (ITF) Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit gibt dem "Führer des Betriebes" die Macht, diktatorisch über Wohl und Wehe der Belegschaft zu entscheiden, die ihm "zur Treue verpflichtet" ist. Die meisten Grossbetriebe werden nicht mehr von einem Unternehmer geleitet, sondern im Auftrage der Aktionäre von Vorständen und Generaldirektoren. Die Nationalsozialisten lobten die Generaldirektoren der Grossbetriebe genau so wie die Unternehmer der kleinen Fabriken als "schaffende" Kapitalisten und bezeichneten das Aktienkapital als blutsaugerisches "raffendes" Kapital. "Die Vorstände, die Direktoren sind gegenüber Forderungen nach Verbesserungen im Betrieb, nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen vom Aufsichtsrat abhängig; und dieser hat gar kein Interesse - über

6.)

das des Sklavenhaltens hinaus! - an dem Wohlergehen von Arbeiterschaft und Werk, so lange er nur recht hohe Dividenden für das hineingesteckte Kapital erzielen kann" (Parteiprogramm der NSDAP). Manoh einer hat geglaubt, dass die Nationalsozialisten in Verwirklichung ihrer programmatischen Forderungen die "arbeiterfreundlichen" Direktoren von den raffgierigen arbeiterfeindlichen Kapitalisten unabhängig machen würden - wenigstens, so weit es sich um die "Verbesserung der Arbeitsbedingungen" handelt. Der amtliche Kommentar zum Arbeitsordnungsgesetz jedoch legt fest, dass der Kapitalist, der Grossaktionär, als eigentlicher Betriebsführer Betriebsdiktator sei. Zwar muss er einen Stellvertreter, der ihn der Belegschaft gegenüber vertritt, erkennen, doch "der Stellvertreter kann nur im Rahmen der ihm erteilten Vollmachten handeln und ist an die Weisung des Unternehmers gebunden". Der schaffende "Stellvertreter", der Generaldirektor, der die eigentlichen Unternehmerfunktionen ausübt, ist an die Weisungen des Besitzers gebunden: die Nationalsozialisten, die auszogen, das "raffende Kapital" zu vernichten, haben den "Sklavenhalter", den betriebsfremden raffenden Kapitalisten zum absoluten Herrscher über die "Gefolgschaft" eingesetzt.

Millionensubventionen für Deutschlands Rüstungsindustrie. (ITF)  
===== Deutschland verfügt nur über ganz geringe Erdölvorkommen und muss seinen Treibstoffbedarf einführen. Für den Kriegsfall - und die nationalsozialistische Diktatur rechnet mit einem Krieg als notwendigem Höhepunkt ihres Wirkens - wäre die deutsche Armee daher von ausländischer Einfuhr abhängig. Jeder Krieg aber wird heute zu einem guten Teil von der Grösse des Treibstoffvorrats für die Luftflotte und die motorisierte Armee entschieden. Mit grossem Kapitalaufwand wird deshalb der Ausbau der Treibstoffgewinnung aus Kohle forciert. Die gesamte Braunkohlenindustrie ist durch Verordnung des deutschen Wirtschaftsdiktators, des Reichswirtschaftsministers Schacht, (am 27.IX.) zu einer "Pflichtgemeinschaft Braunkohlenindustrie" zusammengeschlossen worden, die jährlich 3-400.000 Tonnen Treibstoffe erzeugen soll. Zum Bau dieser Riesenanlagen müssen Rohstoffe eingeführt werden, die Devisen erfordern. Die Produktion kann frühestens in 2-2 1/2 Jahren in Angriff genommen werden und erst dann Devisen ersparen. Es ist also wenig wahrscheinlich, dass schon jetzt, zur Zeit der grössten Devisennot, mit dem Bau dieser Anlagen begonnen wird.

Doch es besteht bereits eine grosse Anlage zur Gewinnung von Treibstoff aus Braunkohle. Der grosse Chemietrust IG-Farben besitzt in den Leunawerken eine Hydrieranlage, die einen Treibstoff erzeugt, der aber trotz der hohen deutschen treibstoffverteuernden Benzinpreise (die deutschen Inlandspreise betragen das Vierfache der Weltmarktpreise) nicht konkurrenzfähig ist. Diese Hydrieranlage war infolgedessen ein ständiger Zuschussbetrieb des Chemietrusts. Jetzt werden die Anlage der IG-Farben und die kleineren Hydrieranlagen, die die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie errichtete, in die Pflichtgemeinschaft eingebracht; die Pflichtgemeinschaft zahlt eine Millionensumme als Kaufpreis. Das erforderliche Kapital soll durch eine Belastung jeder Tonne geförderter Braunkohle aufgebracht werden. Die gesamte deutsche Förderung betrug 1933 127 Millionen Tonnen. Bei der vorgesehenen Belastung jeder geförderten Tonne mit 2 RM werden ungefähr 250 Millionen zusammenkommen. Fast 25% der deutschen Braunkohle wird in Gruben gefördert, die sich im Besitz des Reiches, der Länder oder der Gemeinden befinden. Die Förderung dieser im Besitz der öffentlichen Hand befindlichen Gruben steht im engsten Zusammenhang mit der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft, kommt also für die Hydrierung zunächst kaum in Betracht. Trotzdem werden die öffentlichen Betriebe gezwungen, der Grossindustrie 50 Millionen zur Umwandlung unrentabler Anlagen in florierende Rüstungsbetriebe zur Verfügung zu stellen. Der Wirtschaftsdiktator Schacht führt sein Programm konsequent durch: auf Kosten der öffentlichen Wirtschaft wird die Rüstungsindustrie mit Millionenbeträgen subventioniert. Mit einer einzigen Massnahme wird im Interesse der Grossindustrie die wirtschaftliche Position der öffentlichen Wirtschaft geschwächt und der Aufbau der deutschen Rüstung entscheidend gefördert.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Seemann im Dritten Reich. (ITF) An Bord der deutschen Schiffe soll die nationalsozialistische Volksgemeinschaft verwirklicht sein. "Der deutsche Seemann, nationalsozialistische Zeitschrift für alle seemannischen Berufsgruppen und Dienstgrade", schildert (in Nummer 4) anschaulich, wie diese Volksgemeinschaft an Bord aussieht:

"Es sei einmal klar und deutlich ausgesprochen; mit den heute an Bord (der deutschen Schiffe) zur Verfügung stehenden Arbeitskräften lassen sich nicht einmal die notwendigsten Arbeiten mit der nötigen Sorgfalt ausführen. Man mag dieser Behauptung entgegenhalten, die deutschen Schiffe fahren auch heute noch mindestens ebenso schön wie die ausländischen, oder noch besser. Gewiss, aber nur unter Raubbau an Personal und Material. Die Folgen der heutigen flüchtigen Arbeitsweise, Pfuscheri, werden sich mit zunehmendem Alter der Schiffe herausstellen. Noch geniessen deutsche Schiffe den Weltruf grösster Sauberkeit und anerkannt bester Bordbetriebsverhältnisse. Wir dürfen es nicht dahin kommen lassen, dass wir diesen guten Ruf verlieren. Die wenigen angemusterten Leute müssen so stark angespannt werden, dass selbst ein bestqualifizierter und zuverlässiger Arbeiter diesen Anforderungen nicht gewachsen ist".

"Heute ist die Sache leider so: das Schiff soll in sauberem und seetüchtigem Zustande gehalten werden. Ein Teil der Besatzung wird als Tagelöhner verwandt, die Zahl der Wachgänger wird auf ein Minimum herabgedrückt, die nicht immer den Sicherheitsanforderungen des Schiffes entspricht".

"Die Urlaubsverhältnisse in der deutschen Seeschifffahrt sind nicht nur traurig, sondern geradezu empörend... Wenn das Bordpersonal nach 3-5 Monate langer Reise in 6-10tägiger Liegezeit bis in die späten Nachtstunden an Bord arbeiten muss, dann ist das ein Zustand, der niemandem zum Vorteil gereichen kann. Selbst wenn diese Leute einmal am Abend nach Hause kommen, sind sie so angespannt, dass sie der Frau und den Kindern, die viele Wochen auf das Wiedersehen gewartet und sich auf die wenigen Stunden mit dem Vater gefreut haben, nichts sein können. Verlässt dann das Schiff wieder die Heimat, so tun diese Männer wohl ihren Dienst aus Gewohnheit und Verantwortung für ihre Familie, doch nicht mit voller Lust und Liebe zu ihrer Arbeit. Da sich aber das Leben der Seeleute dauernd in solchen Formen abspielt, sind Lockerungen und Entfremdungen in der Familie die natürliche Folge. Damit verliert der Seemann aber auch die Bindung mit seinem Volk und zur deutschen Erde". Selbst die Nationalsozialisten glauben nicht mehr an den Schwindel von der braunen Volksgemeinschaft.

"Man darf sich nicht wundern, wenn die Ansicht sich mehr und mehr verbreitet, dass die (nationalsozialistischen!) Reeder-Leiter keinerlei Interesse für ihr Bordpersonal haben."

Jeder kann sich nach diesen nationalsozialistischen Feststellungen ausmalen, wie sich unter nationalsozialistischer Herrschaft die Lage der deutschen Seeleute gestaltet hat. Dieser Bericht ist in einer nationalsozialistischen Zeitschrift unter schärfster Zensur erschienen. Die Wirklichkeit ist noch weit schlimmer, als sie der Bericht zu schildern wagt.

Erhöhte Abzüge. (ITF) Den österreichischen Eisenbahnern sind die Betriebsräte genommen worden, aber nach wie vor wird ihnen die Personalvertretungs-Umlage durch die Verwaltung vom Lohn abgezogen. Im Februar wurden die Personalvertretungen aufgehoben, aber erst jetzt hat die Eisenbahnverwaltung gnädigst den Beitrag für die Personalvertretung um die Hälfte herabgesetzt; 16.000 Schilling werden den Eisenbahnern monatlich weiter abgezogen als Umlage für eine Personalvertretung, die es nicht mehr gibt. Kein Mensch weiss, was mit diesem Geld geschieht.

Die offiziellen Stellen feierten diese Beitragsherabsetzung als "wesentliche Erleichterung der Lebenslage der Eisenbahner". Gleichzeitig aber wurden die Zwangsbeiträge zur Vaterländischen Front, denen sich kein Eisenbahner entziehen kann, von 0,20 auf 0,40-1,20 Schilling erhöht. Bisher presste die Vaterländische Front den Eisenbahnern monatlich 20.000 Schilling ab. Das genügte den österreichischen Machtabern nicht, sie wollen 50.000 Schilling im Monat. Den Eisenbahnern werden zur Erleichterung der Lage der Faschisten monatlich 30.000 Schilling mehr abgepresst als bisher.